



Berliner Erklärung

Für die Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland

Der Trierer SPD-Abgeordnete Manfred Nink unterstützt die Berliner Erklärung für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

„Seit über 60 Jahren gilt in Deutschland laut Grundgesetz, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. In der Realität ist die Gleichstellung allerdings noch lange nicht verwirklicht. Die anhaltende Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen steht damit im Widerspruch zu unserem Grundgesetz und zu internationalem Recht“, heißt es in der Erklärung.

Zu den Unterzeichnern zählen bislang Frauen und Männer aus Politik, aus Verbänden, aus Wirtschaft und Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Forschung, aus Kultur und Medien. So will das Bündnis die gesamte Breite der Gesellschaft repräsentieren. Ziel ist „eine gerechte Gesellschaft, die Frauen und Männern die gleichen Verwirklichungs- und Teilhabechancen auch praktisch einräumt.“

Mehr Frauen sollen in die Ent-

scheidungsprozesse der Wirtschaft einbezogen werden. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft sind bislang alle gescheitert. Deshalb braucht es jetzt „eine verbindliche

Fristen und Sanktionen sollen die Quote flankieren.

In der Berliner Erklärung heißt es weiter: „Die gleiche Beteiligung von Frauen an Entscheidungsgremien ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. In gemischten Führungsgremien können Frauen und Männer zu besseren Entscheidungen kommen, gemischte Teams steigern den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Das belegen nationale und internationale Studien.“

Die Erklärung kann im kompletten Wortlaut im Internet unter berlinererklaerung.de gelesen werden. Dort kann und soll der Text auch mitunterzeichnet werden. „Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eint der Wille, überparteilich und überfraktionell Mehrheiten für die berechtigten Belange von Frauen zu gewinnen und so das staatliche Gleichstellungsgebot nach Art. 3 Absatz 2 Satz 2 GG endlich umzusetzen“, so der Text der Berliner Erklärung abschließend.



Seit langem fordern die Jusos und die SPD eine Frauenquote für Aufsichtsräte. Jetzt gilt es, die Chance eines überparteilichen Konsenses zu nutzen.
Bild: Jusos

gesetzliche Regelung zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien der Wirtschaft, wie Aufsichtsräte und Vorstände.“

So soll ein Umdenken in den Vorstandsetagen befördert werden. Eine Quote bei den Aufsichtsräten von börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen soll zunächst mindestens 30 Prozent betragen. Verbindliche

2 | Die Bundespolitik

Gute Stimmung und Entscheidungen

Die SPD ist wieder interessant für ein breites Publikum und überzeugt mit Inhalten

Vom 4. bis 6. Dezember fand der SPD-Bundesparteitag in Berlin vor mehr als 8000 Gästen und Delegierten statt. Sigmar Gabriel wurde als Vorsitzender bestätigt und Altkanzler Helmut Schmidt hielt eine ergreifende Rede zur Euro-Krise. Gute Stimmung bei den Delegierten und die positive Resonanz in der Presse belegen, dass die SPD auf einem guten Kurs ist.

Am 6. Dezember 2011 ist der Bundesparteitag nach insgesamt drei Tagen mit guten Diskussi-



Der SPD-Würfel wurde 2009 eingeführt. Nun will die SPD wieder zu ihrem alten quadratischen Logo zurück. Dafür hat die Partei beim Berliner Parteitag mit Purpur eine neue Farbe für sich entdeckt.

onen und Beschlüssen erfolgreich ausgeklungen. Auftakt des Parteitages war die Rede von Altkanzler Helmut Schmidt, die von etwa 8.000 Delegierten und Gästen in dem alten Postbahnhof in Berlin begeistert aufgenommen wurde. In der Ansprache verwies er auf Europa als Schicksalsgemeinschaft und mahnte europäische Solidarität an. An die Kanzlerin gewandt, sagte Schmidt: „Die heutige Lage der EU verlangt Tatkraft!“

Weitere Reden vom norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg und dem französischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande zeigen die internationale Bedeutung des Parteitages. Stoltenberg hielt zu Beginn des Parteitages eine bewegende Rede. Er sagte, man müsse jedem Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln. Die Antwort auf Gewalt sei mehr Demokratie und Offenheit. Hollande erinnerte in seiner Rede an die herausragende Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft als Motor der europäischen Einigung.

Personell geht die SPD gestärkt aus dem Parteitag hervor: So wurde Sigmar Gabriel erneut zum Vorsitzenden mit gutem Ergebnis gewählt. Unsere rheinland-pfälzischen Genossinnen Andrea Nahles als Generalsekretärin und Doris Ahnen als Beisitzerin wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Viele Pressestimmen berichten von einem gelungenen Parteitag, bei dem sich die SPD als überzeugende Alternative zu Schwarz-Gelb gezeigt hat. Es wurden wichtige Entscheidungen in verschiedenen politischen Feldern getroffen (siehe Info-Box). Die Beschlüsse belegen den „Wiederaufstieg der SPD nach der bitteren Wahlniederlage“ und beweisen „Regierungsfähigkeit und Regierungswilligkeit“, so Sigmar Gabriel. Damit ist die SPD für das Jahr 2013 gut gerüstet.

Roman Zaplatynski

Wichtige Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages

Steuern und Finanzen: Der Spitzesteuersatz soll von 42 auf 49 Prozent steigen. Dies soll für Einkommen ab 100.000 Euro gelten. Zudem wird gefordert, die Vermögenssteuer wieder einzuführen.

Direkte Demokratie: Es wird eine weitgehende und direkte Bürgerbeteiligung bei wichtigen Sachfragen gefordert. Dazu sollen Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt werden.

Familie und Kinder: Familien mit einem Einkommen unter 3.000 Euro sollen entlastet werden. Das aktuelle Kindergeld, derzeit 184 Euro, soll mit dem bisherigen Kinderzuschlag zusammengeführt werden. Somit kann je nach Einkommen das Kindergeld bis zu 324 Euro betragen.

Bildung: Bis zum Jahr 2020 soll ein Recht auf Ganztagesbetreuung in Kitas und Schulen geschaffen werden. Die Ausgaben für Bildung sollen um 20 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden, dies soll zur Hälfte aus den Einnahmen aus der Vermögenssteuer und zur anderen Hälfte aus Bundesmitteln finanziert werden.

Arbeit: Wir fordern mehr unbefristete, sozial abgesicherte Arbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Daher sollen etwa Leiharbeiter bei Löhnen mit den Stammbelegschaften gleichgestellt werden. Es soll ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt werden.

Mein Abgeordneten-Jahr in Zahlen

Allerlei Sitzungen und reichlich Besucherinnen und Besucher in Berlin - Ein Rückblick

Die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und die Tätigkeiten im gesamten Abgeordnetenbüro sind vielfältig. Das zeigt ein Blick in meinen Kalender für das Jahr 2011 sehr deutlich. An dieser Stelle soll deshalb die Arbeit dieses Jahres ein wenig in Zahlen gefasst werden.

Natürlich lassen sich nicht alle Aktivitäten auf diese Weise erfassen – oder aber nur mit einem erheblichen Aufwand. Ich habe deshalb nicht gezählt, wie viele Bürgerbriefe und E-Mails ich in Zusammenarbeit mit meinen Büros in Trier und Berlin beantwortet habe oder wie viele Telefonate wir geführt haben. Es waren sehr viele.

Ebenso habe ich nicht gezählt, wie viel Zeit ich im Plenum des Deutschen Bundestages verbracht habe. Ich hatte keine Stoppuhr parat. Die Stundenzahl dürfte – entgegen des häufig vorgebrachten Vorurteils gegenüber Parlamentariern – beachtlich sein.

Die parlamentarischen Initiativen der SPD-Fraktion sowie der Arbeitsgruppen und -kreise, in denen ich Mitglied bin, waren zahlreich. Die Bundestagsfraktion war in ihrer Oppositionsarbeit sehr aktiv und hat den Prozess vorangebracht, Positionen für eine angepeilte Regierungsübernahme im Jahr 2013 zu erarbeiten.

Allen, die mich bei meiner Arbeit unterstützt haben, möchte ich ganz herzlich danken. Ich freue mich auf das kommende Jahr und die Arbeit für die Region Trier im Deutschen Bundestag. Einen ganz kurzen inhaltlichen Rückblick gebe ich auf Seite 4.

Manfred Nink

41

Sitzungen von SPD-Gliederungen im Wahlkreis, in den Betreuungswahlkreisen und auf Bundesebene konnte ich besuchen.

52

Informations- und Beratungsgespräche vor Ort und in meinem Büro konnten mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalpolitikern, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen auf Anfrage terminlich vereinbart werden.

144

Arbeitssitzungen im Deutschen Bundestag in Berlin in der Fraktion, in Arbeitsgruppen, in Parlamentariergruppen und in der Landesgruppe habe ich 2011 absolviert.

463

Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis und den Betreuungswahlkreisen haben mich im Deutschen Bundestag besucht und mit mir in Berlin diskutiert.

783

Bürgerinnen und Bürgern aus der Region Trier konnte ich insgesamt einen Besuch des Deutschen Bundestags und einen Einblick in seine Liegenschaften ermöglichen.

4 | Aus Partei und Fraktion

Weihnachtsgrüße aus Berlin



Weihnachtlicher Glanz: Der Weihnachtsbaum auf dem Pariser Platz in Berlin mit dem Brandenburger Tor im Hintergrund
Foto: Roman Zaplatynski

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ein Jahr, das von zahlreichen Turbulenzen geprägt war, geht nun bald zu Ende. Einige Punkte, die in Erinnerung bleiben werden, waren sicherlich der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Atomausstieg nach der schrecklichen Erdbeben- und Atomkatastrophe im japanischen Fukushima, eine unverantwortliche schwarz-gelbe Klientel-Steuer-Politik, der erfolgreiche Kampf der SPD für den Erhalt der Gewerbesteuer, die Hängepartie bei der Erarbeitung eines neuen Wahlrechts für den Bundestag und natürlich die Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone mit hässlichen Ressentiments gegenüber Griechenland und mit immer wieder neuen und immer größeren Rettungsschirmen.

Besonders erfreuliche Höhepunkte waren sicherlich unsere Wahlerfolge in den Ländern – allen voran natürlich in Rheinland-Pfalz!

Das kommende Jahr wird einige Themen weiter auf der Tagesordnung halten. Wir werden zum Bei-

spiel weiter zu diskutieren haben über die Auswirkungen der Finanzmarktregelung auf die Sparkassen und den Mittelstand.

Und auch im Wahlkreis bleiben einige Themen, die ich in diesem Jahr angegangen bin, hochaktuell. Zu nennen sind unter anderem die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, bei der es für mich darum geht, den Standort Trier zu erhalten, und eine bessere Anbindung der Region an den Fernverkehr der Deutschen Bahn. Das sind zwei dicke Bretter. Aber ich werde nicht aufhören, mit allen Mitteln der Opposition weiter zu bohren!

Ich wünsche Euch und Euren Familien fröhliche und erholsame Weihnachtstage und einen guten Start in das neue Jahr.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

21. bis 27. November

Besuch der WTD 41 zusammen mit Fritz Rudolf Körper in Trier, Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin, Mitgliederfeier des SPD-Kreisverbandes Bitburg

28. November bis 4. Dezember

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin, Fachgespräch zur Rohstoffsicherung, Sitzung der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz mit Vertretern des DGB Rheinland-Pfalz, Gespräch mit dem europäischen Industrie-Kommissar

5. bis 11. Dezember

SPD-Bundesparteitag in Berlin, Gespräch mit der neuen Präsidentin der ADD, Frau Dagmar Barzen, Besuch des 6. Benefizkonzerts zugunsten Haus Tobias

12. bis 18. Dezember

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin, Sitzung der SPD-Task-Force „EU-Vertrag“, Fachgespräch zu den Auswirkungen der Basel-III-Regelungen auf die deutschen Sparkassen mit Herrn Dr. Schackmann-Fallis, Jahresabschluss der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier
Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de
www.manfred-nink.de